

# Antwort auf aktuelle Fragen

## Die Klassendiktatur der Monopolbourgeoisie

### Verschärftes innenpolitisches Klima in der BRD

Ein aufschlußreicher Prozeß vollzieht sich in der BRD: In den Verschleiß von Thesen und Programmen werden die Begriffe „Meinungsfreiheit“ und „Freiheit der Information“ einbezogen. Ihre Verwendung und Betonung erscheint den reaktionärsten Kräften des Imperialismus in zunehmendem Maße anrühlich — es sei denn, die Begriffe würden für anti-kommunistische Verleumdungen im System der ideologischen Diversiön gegen den

realen Sozialismus gebraucht. Wie ist dieser Vorgang zu erklären?

In der BRD wurden in der letzten Zeit eine Reihe von Terrorakten verübt. Die terroristischen Anschläge vollziehen sich auf dem Hintergrund der sich verschärfenden allgemeinen Krise des Kapitalismus und der Unfähigkeit der systemtragenden Parteien, mit den vielfältigen Krisenerscheinungen in Wirtschaft, Politik, Ideologie fertigzuwerden.

### Weiterer Abbau von demokratischen Rechten

Die Anschläge kommen offenbar gerade jenen entgegen, die die politische Entwicklung in der BRD weiter nach rechts schieben und dem Unbehagen und der Unzufriedenheit breiter Massen über die vorhandene Situation der Diskriminierung aller kritischen und demokratischen Auffassungen mit autoritären Herrschaftsmethoden begegnen wollen.

Deshalb entfesseln die rechts-konservativen Kräfte künstlich Hysterie und konstruieren einen „Bürgerkrieg“. Deshalb rufen sie nach einem „starken Mann“. Deshalb auch verlangen sie — nach bereits vollzogenen 34 Grundgesetzänderungen in den vergangenen 20 Jahren, darunter die Verabschiedung der Notstandsgesetze — zusätzliche Verfassungsänderungen mit dem Ziel des weiteren

Abbaus noch vorhandener Rechte und Freiheiten.

Die entsprechenden Forderungen lauten unter anderem: Verkündung des „Standrechts“ (wobei schon jetzt die Liste der bei polizeilichen Fahndungen in der BRD unschuldig Erschossenen umfangreich ist); „Sicherheitsverwahrung“ (die in berüchtigter Weise vom Hitlerfaschismus praktiziert wurde); „Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses“; „Kampf gegen Sympathisanten“ (wobei Intellektuelle schlechthin, besonders aber Hochschullehrer, Theologen und Jungsozialisten genannt werden und jeder als „Sympathisant“ abgestempelt werden soll, der für bescheidene Reformen zugunsten der arbeitenden Menschen die Stimme erhebt); „Verbot der

DKP“ (wobei diese Drohung seit Jahren wiederholt wird und zur Einschüchterung aller demokratischen Kräfte dient). Eltern werden aufgefordert, „zu einem großen Feldzug aufzubrechen, um Klarheit über „unsere Wertordnung“ wiederherzustellen“ (womit die Betonung des Untertanengeistes und des herrschende-Beherrschte-Verhältnisses in den Schulbüchern gemeint ist). Der Paragraph 218 soll in der alten Fassung wieder eingeführt werden (dabei wird argumentiert, Schwangerschaftsunterbrechung sei „Gewaltanwendung gegen ungeborenes Leben“ und insofern einer der Keime des Terrorismus).

Aber es bleibt nicht bei Forderungen. Im Zuge der Fahndung nach Terroristen werden Büros demokratischer Organisationen, darunter der WN, überfallen und durchsucht.

Mit allem Nachdruck warnt die DKP vor der gefährlichen Tendenz, das gesamte gesellschaftliche Leben in der BRD weiter nach rechts zu drängen; energisch tritt sie der Verketzerung demokratischer Kräfte entgegen.

So wies auf einer stark besuchten internationalen Pressekonferenz der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, entschieden die Versuche zurück, „demokratische und sozialistische Bewegungen in die Nähe des Terrorismus zu rücken und alle, die sich für demokratische, für Arbeiter- und Volksinteressen einsetzen, als potentielle Terroristen, als Sympathisanten des Terrors zu verleumdern“.

Die reaktionären Prozesse, die sich in der BRD vollziehen, gehen nicht wie ein plötzlicher Wolkenbruch auf dieses Land